

# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 16.

Samstag, 19. Januar 1923.

30. Jahrgang.

## Rampf ums Leben.

Die Welt ist in ihrem Werte auf ein Sechstausendstel ihres Vorkriegsstandes gesunken. Der gewalttätige Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet hat der deutschen Währung einen gewaltigen Stoß versetzt. Sprunghaft schwellen die Preise empor, und die Not des Volkes wächst. Mehr als je jetzt ist die Frage auf, ob die ungeheuren Opfer, die jetzt aus der Ruhrbesetzung für das gesamte arbeitende Volk erwachsen, überhaupt erträglich sind. Hat es doch von Anfang an nicht an Zweifeln gefehlt, die glauben, daß die Außenpolitik der Regierung andere Wege suchen und gehen müßte, um das gemeinsame Ziel, die möglichst baldige Befreiung des gegen alles Völkerrecht besetzten Ruhrgebietes, möglichst bald herbeizuführen. Und dennoch, der Kampf, der im Ruhrgebiet begonnen, muß durchgeführt werden.

Das Ruhrgebiet ist das Herz der deutschen Wirtschaft. Nach den schweren Notenschieben, die Deutschland durch die Geldentwertung im Osten und Westen, durch seinen Verlust gewaltiger Kohlen- und Eisenerz, durch die Enteignung wichtiger Auslandsverbindungen, durch die Entziehung seiner Handelsflotte erleidet hat, blieb das Land an der Ruhr zurück, die letzte große Kraftquelle der deutschen Volkswirtschaft, ohne die das Rückwärts unseres Wirtschaftsgebietes zum Stillstand kommen muß. Für die Bevölkerung der verarbeitenden Industrie des westlichen Deutschlands ist nicht nur die westfälische Steinkohle, sondern auch das innerhalb des Ruhrgebietes und in seinen Randbezirken hergestellte Eisen unerlässlich und infolge der Kapitalverwertung doppelt unerlässlich. Nicht anders ist es mit den anderen wichtigen Produktionsgebieten. Gedacht sei hier der gewaltig verarbeiteten chemischen Industrie, die sich mehr und mehr an die Kohlenwasserstoffe anlehnt. Nicht zu vergessen ist auch die Textilindustrie, die jetzt zu einem großen Teil innerhalb der Besatzungszone, und zwar der alten und der neuen liegt. Solange zwischen Deutschland und dem besetzten Gebiet ein ungeschmilter aber doch nur wenig eingeschränkter Verkehr besteht, können die Wirkungen dieser Besetzung der deutschen Produktionszentren wenig spürbar sein. Es steht aber leider mehr zu befürchten.

Man weiß, daß in Frankreich annexionistische, also imperialistische und ökonomische Gründe sich zu dem neuesten Gewaltstreik paarten. Frankreich will, so sagt es, Kohle und Geld. Beides konnte es bis zur äußersten Notwendigkeit seiner Weltwirtschaft von Deutschland auch ohne Gewaltkraft haben. Aber Frankreich will mehr. Es will u. a. den Ruhrgebiet, aus dem es vorläufig Einnahmen herausziehen kann und über dessen erdölhaltigen Schatz vielleicht spätere Jahre zu entscheiden haben werden. Es ist klar, daß der ganze Welt Frankreich recht behalten muß, wenn es ihm gelingt, aus dem Ruhrgebiet eine große Einnahmequelle zu machen. Leicht wird es nicht sein, aber man wird zweifellos den Versuch zu einem solchen Beispielsunternehmen und wird dabei kaum vor Gewaltmitteln zurückweichen. Gegen diese Gewalt müssen wir uns mit allen Mitteln, die gegen das Volksinteresse nicht verstoßen, wehren.

Wir wünschen und fordern, daß die Reichsregierung jede Möglichkeit ausnutzt, um zu Verhandlungen über die Lösung der Ruhrfrage zu kommen. Bis dahin aber bleibt nach ein weiser Weg zu sein. Vor uns steht der unausweichliche Kampf um das Ruhrgebiet, von dem wir als Gegner des Krieges nur wünschen können, daß er auf das ökonomische und diplomatische Feld beschränkt bleibt. Wir wissen uns darin eins mit der internationalen Arbeiterklasse. Ihre Haltung war besonders in den an der Operation beteiligten Ländern über alles Lob erhaben. Sie feierte die mannhafteste Solidarität der Unterdrückten aller Sprachen solche Triumphe wie jetzt. Aber ihr Widerstand richtete sich gegen den Gewaltakt, gegen die widerrechtliche Annexion der Ruhr. Die Erfüllung ihres Protestes ist unser Kampfsziel. Es anzugehen heißt schließlich der Internationale in der Rücken fallen.

Der Kampf wird nicht leicht sein. Sollte er sich bis zu dem Höhepunkt entwickeln, so ist die Bevölkerung des besetzten Gebietes von Verleumdungen, Lebensmangel, Arbeitslosigkeit, die heutige des unbesetzten von Inflationsgefahr, Teuerung, Beschäftigungsmangel bedroht. Aber der Kampf muß ausgedehnt werden, und wir haben die Pflicht, die unter der Besetzung leidenden Volksgenossen in der Not, die sie noch schwerer trifft als uns, in jeder Beziehung zu unterstützen. Auch die Annahme, daß die endgültige Lösung des Konfliktes in einer Verständigung zwischen der deutschen und französischen Montanindustrie liegt, sollte uns vorläufig vor dem Kampf gegen die Gewalt nicht abhalten. Es wäre verfehlt, zu glauben, daß nur die Kapitalisten bei diesem Kampf gewinnen können. Die Arbeiterklasse hat mit dem Verlust des Produktionsgebietes, dessen Arbeit ihr überhaupt erst die Möglichkeit zu produktiver Tätigkeit gibt, unendlich viel zu verlieren.

Aus diesen Gründen ergibt sich für uns, daß eine andere Politik als die bisher im Ruhrgebiet von deutscher Seite verfolgte, in Anbetracht der Verhältnisse nicht denkbar war. Das Bild kann sich ändern. Aber solange das Endziel, die Befreiung des Ruhrgebietes, nicht erreicht ist, wird das ganze Volk mit letzter Kraft darauf hinarbeiten müssen. Die Arbeiterklasse kann dabei nicht abseits stehen! Es ist der Kampf ums Leben!

\*

## Die Ruhrkohlen-Gewinnung unbermindert.

II. Effen, 18. Januar.

Bisher wurden überhaupt noch keine Requisitions-Maßnahmen getroffen. Die vom „Bolsch-Bureau“ in dieser Nacht verbreitete Meldung, daß als weitere Sanktion in Laufe der Nacht die Beschlagnahme aller letzten Kohlenmagazine und Schlepplöhre auf dem Rhein und dem Rheinfurth-Kanal festgesetzt sei, hat sich bisher nicht bewahrheitet. Auch die Beschlagnahme aller Bergwerke und die Einführung einer Kontrolle ist bisher nicht erfolgt. Der Kohlenverband ist auch gestern in ungestörter Weise an die Verbraucher und an die Abnehmer im Industriegebiet und nach dem unbesetzten Deutschland durchgereicht

waren. Die Reparationslieferungen sind auch gestern nicht erfolgt. Die Kohlenlieferungen ins unbesetzte Deutschland haben bisher keine nennenswerte Verringerung erfahren.

## Transportverbot der Regierung an die Eisenbahner.

II. Berlin, 19. Januar.

Den Beamten und den Arbeitern der Reichseisenbahn ist den Bestimmungen des Reichskohlenkommissars entsprechend untersagt worden, Kohlen für Frankreich und Belgien zu liefern, zu befördern oder bei der Umleitung solcher Kohlenzüge nach diesen Ländern mitzuwirken.

## Die Zechenbesitzer vor ein Kriegsgericht geladen.

Paris, 18. Januar.

Nach dem „Petit Parisien“ haben Fritz Thyssen und sechs andere Zechenbesitzer zusammen mit fünfzehn anderen Industriellen Vorladungen vor ein Kriegsgericht erhalten.

Nach demselben Blatt soll die gestern von Frankreich, Belgien und Italien beschlossene Ausbeutung der deutschen Staatskohlengruben auf dem linken Rheingau sofort beginnen. Ein Trupp Scharführer habe sich bereits an Ort und Stelle begeben.

## Neue Ladung der Zechenvertreter.

Nur ein Beauftragter erscheint.

Effen, 18. Januar. (Drahtber.)

Für heute nachmittag waren die Zechenvertreter wieder zu einer Sitzung zu dem französischen General Simon nach Düsseldorf geladen. Nur ein Vertreter der Zechenbesitzer des Ruhrreviers begab sich nach Düsseldorf und erklärte, daß er und die übrigen Zechenvertreter auf dem eingenommenen Standpunkt beharren würden.

In Bochum sind mehrere Landabteilungen eingetroffen; etwa 30 Tanks durchzogen demonstrativ die Stadt.

## Verhaftung des Finanzpräsidenten in Düsseldorf.

Düsseldorf, 18. Januar.

Der Präsident des Landesfinanzamtes, Dr. Schultius, wurde heute von der französischen Besatzungsbehörde verhaftet, nachdem er verächtlich aufgefordert worden war, die finanziellen Unterlagen der Oberfinanzkasse den Finanznachverhandlungen der französischen Besatzungsbehörde vorzulegen. Er wurde unter Bewachung des Autos fortgeführt. Wohin er gebracht wurde, ist unbekannt.

## Beschlagnahme von Aktien.

Speier, 18. Januar.

Auf Befehl der Interalliierten Rheinlandkommission vom 18. Januar sind von jetzt ab beschlagnahmt:

1. Die Aktien und die aus den Zolleinnahmen herrührenden Gegenstände, sowie die künftigen Vereinnahmungen;
2. die Aktien und die aus den Staats- und Gemeindeförsten herrührenden Einnahmebestände, sowie die künftigen Vereinnahmungen und das Holz auf den Fiebers- und Lagerplätzen;
3. die aus der Kohlensteuer herrührenden Einnahmebestände. Ueber Zuwiderhandlungen erscheidende Militärgerichte. Kein Beamter darf seine Dienststelle ohne Genehmigung der Interalliierten Rheinlandkommission verlassen.

## Der passive deutsche Widerstand.

II. Paris, 18. Januar.

Der passive deutsche Widerstand wird von amerikanischen und englischen Beobachtern als nicht ganz aussichtslos betrachtet. Der bekanntlich sehr franzosenfreundliche „Neupark Herald“ meldet z. B. aus Effen, daß ein hervorragendes Mitglied der französischen Ueberwachungskommission erklärt habe, daß die Hoffnung auf Zahlung der Reparationsverpflichtungen durch die Besetzung des Ruhrgebietes stark herabgesetzt worden sei. Nach der Erklärung französischer Ingenieure sei es zweifelhaft, ob unter den jetzigen Verhältnissen genug Geld oder Geldeswert aus dem Ruhrgebiet herausgeholt werden könne, um die ständig wachsenden Kosten der Besetzung zu decken. Ein Zeichen der französischen Not sei es, daß die Besatzungsbehörde mit der angekündigten Verhaftung der Zechenbesitzer zögere.

## Mussolini mißbilligt die militärische Aktion.

II. Rom, 18. Januar.

Die „Tribuna“ bedauert, daß Frankreich nicht, wie Mussolini verlangt habe, sein Vorgehen auf eine rein wirtschaftliche Aktion beschränkt habe. Mussolini hat Poincaré direkt ermahnt, keine Aktion nicht von Militärs, sondern von Zivilisten leiten zu lassen. Es sei logisch, daß Italien sich mit der Aktion nicht solidarisch fühle, die sich so ganz anders entpuppte, als anfangs dargestellt wurde.

Dollar 21000.

## Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 19. Januar.

Daß der französische Wahnsinn im Ruhrgebiet allerlei Köpfe in Deutschland in große Unordnung bringen würde, war vorauszusehen. Daß die ältesten und kräftigsten Säbel wieder das Rassefieber bekommen würden, daß selbst ganz hurra-heißere Köhler wieder Losgrößen würden, alles das war zu erwarten.

Eine Verwirrung aber in dem eingetretenen Umfang, nein, damit konnte man doch nicht rechnen.

Gangen wir mit dem berühmten General Morgen an. In einer Verammlung des Landeskriegerverbandes Lübeck sprachte er eine Rede ab. Der Weisheiten größte darin war — nach dem Bericht bürgerlicher Blätter — „daß keine militärische Macht imstande sei, ein 70-Millionen-Volk, wie es das deutsche und österreichische darstelle, zu vernichten, wenn es einen Weg geht, den andere Völker vor uns gegangen seien: Volksaufstand! Greife das deutsche Volk nicht zu diesem, dann verschwinde es von der Welt. Andernfalls könne es wieder groß werden.“

Im Geiste sehen wir schon die Landeskrieger unter Führung ihres Kopfes Heise und ihres Mauls Morgen zu Felde ziehen. Wie das bekannte „letzte Aufgebot“ Dettreggers marschieren sie grimmigen Gesichts dem Feind entgegen: bewaffnet mit Senfen, Mistgabeln und Biergläsern. Auf den Kopf gestülpt als Stahlhelm trägt jeder einen Bescheimer Morgenscher Konstruktion, und auf dem Rücken, um das Gleichgewicht gegen vorn herzustellen, einen Sack mit Rartaffeln, die für den unwahrscheinlichen Fall des Ernstfalles die Handgranaten ersetzen müssen.

Es ist traurig, daß man in solch tobendster Zeit Witze machen muß. Aber die Verrücktheit weiter Kreise wächst sich zu einer Landesgefahr aus; energisch muß sie als das gekennzeichnet werden, was sie ist: eine Verrücktheit.

Soll dem blutigen Morgen ein noch blutigerer Abend folgen? Die Poincaré machen die Geschäfte der Morgen; die Morgen sind dafür erkenntlich und besorgen die Geschäfte der Poincaré!

\*

Noch nie haben die Deutschnationalen so kräftig in das Giftorn der Hege gestochen wie jetzt, in den Tagen der sogenannten nationalen Einheitsfront.

Bei einer Reichstagsdebatte über die Teuerung leistete sich der deutschnationale Sprecher Hammer die Behauptung, daß an der Ost der Rheinrentner und an der Teuerung überhaupt der Wirtschaftstag, die vielen Streiks und die hohen Löhne schuld seien.

Was die vielen Angehörigen, die deutschnational organisiert sind, darüber denken, ist uns unbekannt. Nur an ein Eingekannt erinnern wir uns, wo sie sich über ihr eigenes kleines Gehalt und die unverhältnismäßig hohen Gewinne ihrer Herren beklagten.

Den deutschnationalen Abgeordneten aber möchten wir fragen, ob er weiß, wie die Arbeiter bei ihren „hohen Löhnen“ heute leben müssen? Es ist ja eine allbekannte und ewig ausgesprochene Tatsache, daß die sozialdemokratischen Arbeiter schlammten, in Saug und Braug leben und keine Steuern zahlen; während die nationalen Mächerer, Schieber, Kapitalisten, Großverdiener usw. bittere Not leiden, Butter und Fleisch nur noch vom Hörsenlagern kennen und unter der Steuerlast fast erdrückt werden.

Die Zeit des Karnevals in Monarchistenköpfen ist angebrochen!

\*

Die Korbeeren der deutschnationalen Pojanen heunrubigen die Volkspartei sehr. Ihre Hauptmatadore geben sich allerorts unendliche Mühe, mit neuen, noch verrückteren Einfällen einen Teil des nationalistischen Windes auch für ihre Segel einzufangen.

Der Lübecker Geschäftsführer dieser Partei veröffentlicht einen Artikel, der sich lesen lassen kann, selbst neben Morgens Weisheit. Er spricht darin den großen Satz gelassen aus: „Erst seit dem Antritt der Regierung Cuno ist es gelungen, unseren Gegnern die Maske vom Gesicht zu reißen.“

Man kann es auch so nennen. Ein Crifog ist es ja immerhin, wenn der Dollar fast 30.000 Mark kostet; wenn kein Mensch mehr weiter weiß; wenn Deutschlands wirtschaftliches Herz von fremden Kriegsscharen überflutet ist; wenn die Kohlenvorräte unserer Industrie vor der Erschöpfung stehen.

Wir wissen auch, daß die deutsche Regierung nicht gut anders handeln konnte, als sie es getan hat. Aber man erzähle uns nichts von dem Erfolg dieser Politik der harten Hand. Nach einigen Wochen wird man anders reden, wird man wahrscheinlich am ganzen Leibe zitternd zur Sozialdemokratie kommen, damit sie aus dem Wirrwarr heraus helfe. Um sie nachher wieder mit Schmutz zu bewerfen, für ihre Politik der Nachgiebigkeit.

Die Tatsachen der vergangenen Jahre sprechen eine deutliche Sprache.

\*

Wenn in demselben Auftrag die amerikanische Politik an-  
gegriffen wird, da sie bald so und bald anders gewesen sei,  
je nach Amerikas Interesse, so ist das außerordentlich bezeich-  
nend für die politische Begabung des Schreibers.

Soll denn Amerika deutsche Politik machen? Das  
wäre ein ebenso großer Widerspruch, als wenn man von der  
Volkspartei verlangen wollte, ihre Politik nach den Inter-  
essen der Arbeiter, Beamten und Angestellten einzurichten!  
Nicht wahr, geeignete Kapitalisten der Volkspartei, das  
wäre ein größtes Verlangen?

## Poincarés „Erfolg“.

Seit über acht Tagen befinden sich französische Truppen im  
Ruhrgebiet. Ihr Aufmarsch hat Milliarden gekostet, während  
man in der französischen Regierung für den Wiederaufbau Nord-  
frankreichs kein finanzielles Verständnis aufbringt und auch der  
dürftige Haushaltsetat wenig Sorge macht. Und was hat Herr  
Poincaré die sogenannte „wirtschaftliche Aktion“, die mit Gas-  
maschinen, Kanonen Artillerie und Minenwerfern begann, bisher  
eingespart? Nach der amtlichen französischen Statistik saar und  
Lothar 5812 Tonnen Koks und 587 Tonnen Kohlen, also noch  
nicht einmal ein Viertel eines französischen Tagesbedarfs. Da-  
gegen lieferte Deutschland während der letzten Monate durch-  
schnittlich fast 2 Millionen Tonnen Koks allein an Frankreich,  
also rund 67 000 Tonnen täglich. Diese Mengen wurden gelie-  
fert, ohne daß sie Frankreich einen Centimes kosteten, während die  
nach der amtlichen französischen Statistik bisher beschlagnahmten  
Mengen, die rekviriert werden mußten durch den Aufwand eines  
unerschweren militärischen Apparates, der Milliarden kostet. Wie-  
schon nach acht Tagen aufzubringen werden konnten. Das ist der  
„wirtschaftliche“ Sinn Poincarés!

Gemik, auch wir sind uns klar darüber, daß auf die Dauer  
die Requisitionen schon infolge ihrer Erfahrungen, die  
sie langsam sammeln, mehr Beschläagnahmen an Koks durchfüh-  
ren können, je mehr erreicht man schließlich sogar die Tonnen-  
zahl, die Deutschland bisher gratis und franco monatlich gelie-  
fert hat. Aber in welchem Verhältnis würde auch dieses Er-  
gebnis zu den ungeheuerlichen Kosten stehen, die zu seiner Requi-  
sition aufgewandt werden müßten? Die deutschen Arbeiter und  
Arbeitnehmer kann man leicht unter Zustimmung von Ma-  
schinengehören und Besessenen nicht zwingen, die Pro-  
duktion zu vermehren, und auch die Beschläagnahme von Eisen-  
bahnmotoren und Schienenwagen heißt noch lange nicht, daß diese  
Beförderungsmittel beladen oder gar transportiert werden. Das  
eine ist sicher: Der französische Aufwand für die militärische Be-  
setzung und deren Maßnahmen werden die Einkünfte durch „pro-  
duktive“ Plünder, wie sie Frankreich jetzt plant, hundertfach über-  
steigen.

## Stürmische Kammerdebatte in Paris.

Paris, 18. Januar.

Die Kammer beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit  
der Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Cahin. Die  
Sitzung begann in aller Ruhe. Cahin verteidigte sich gegen  
die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Je länger die Sitzung  
dauer, desto erregter und unruhiger wurde die Debatte. Bis  
zur Stunde dauert die Sitzung noch an. Das Abstimmungs-  
ergebnis dürfte eventuell erst gegen Mitternacht zu erwarten  
sein.

## Gegen die Reparationspolitik.

Ein Protest der englischen Handelskammern.

London, 18. Januar.

Die Vereinigung der englischen Handelskammern hat ohne  
Diskussion eine Entschließung angenommen, in der Einspruch gegen  
die gegenwärtige Politik der Reparationspolitik erhoben wird. Diese  
enthält die folgende Erklärung für den englischen Handel und  
die englische Industrie und vertritt ebenfalls ein Aufblauen der  
Furcht, wie eine wirkliche Beschränkung der Arbeitslosigkeit in  
England. Es wird verlangt:

1. Die Einführung eines Moratoriums an Deutschland für  
eine bestimmte Anzahl von Jahren.
2. Die Abgabe der Hälfte der gesamten Reparationssumme  
in einer Höhe, die Deutschland bezahlen kann und zwar  
zunächst auf eine vernünftige Anzahl von Jahren.
3. Die Fortsetzung von solchen Anordnungen gegen  
Deutschland, wie sie notwendig werden, um Deutsch-  
land zu erfüllen seiner Verpflichtungen zu zwingen, die  
von allen Mächten anerkannt werden können.
4. Die Fortsetzung einer internationalen Anleihe  
an Deutschland mit Garantie für Verzinsung und Amortisation.

Der Präsident der Vereinigung bemerkte hierzu: Wir wün-  
schen den Fortschritt der Entente. Aber wir sind der Ansicht, daß  
die Lage im Moment nicht so günstig ist. Deshalb wollen  
wir erörtern, die die Dinge sich entwickeln werden.

## Späte Erkenntnis in England.

London, 18. Januar.

Als der vorliegende Bericht in den Händen der  
Kammer lag, so hat die Regierung infolge des hohen  
Wertes der Reparationssumme, die Deutschland habe, der Pariser  
Konferenz der „Entente“, der in der Regel die Aufstellung der  
Reparationssumme überlassen wurde, nicht, daß die Ent-  
wicklung der Dinge unter jenen Umständen einen charakteris-  
ten Verlauf nahm und damit an, daß der Vertrag geschlossen  
ist, so von dem die Seite der Verantwortlichen gewahrt werden  
kann.

## Amerika verlangt Rechnungslegung.

New York, 17. Januar.

In Anbetracht der französischen Beschlagnahmen wegen der  
Beschaffung der militärischen Besatzung des Ruhrgebietes, sowie  
zur Fortsetzung der von Frankreich aus der Durchführung der Aktion  
entsprechender Maßnahmen (1) der Staatskanzlei Hughes den  
britischen Botschafter in Washington, Johnson, gebeten, dem  
Staatsdepartement Mitteilungen über die Güter der französischen  
Truppen im Ruhrgebiet zu machen. Nach Aussage bei Poincaré  
(2) erklärte Johnson, daß er insgesamt 15000 Mann im Ruhr-  
gebiet gesehen. Das Staatsdepartement wies auf die in den  
Zeitschriften aus dem Ruhrgebiet veröffentlichten Nachrichten  
auf, daß die von Johnson genannten Zahlen von 15000 Mann weitaus  
höher sind als die von Johnson gemachten Angaben von 15000 Mann über-  
haupt. Die französische Regierung ließ erklären, daß die Zahlen  
von 15000 Mann das Maximum betreffen und daß auch diese  
Zahlen durch die Doppelzählung der Besatzungen vergrößert seien.

## Die Lage in Memel.

Memel, 18. Januar.

Die litauische Putchregierung Simoneitis hat nach wie  
vor ihren Sitz in Memel und fordert in einem Aufruf Frei-  
willige zum Eintritt für die neu zu bildende Armee. Die  
russischen Besatzungstruppen befinden sich weiter in der Ka-  
verne. Sie verhalten sich ebenso untätig wie die Besatzung  
der im Hafen liegenden französischen und englischen Kriegsschiffe.  
Der englische Admiral hat gestern mit den Litauern  
verhandelt, doch ist über das Ergebnis der Verhandlungen  
nichts bekannt geworden. Die Lage ist nach wie vor völlig  
ungeklärt.

## Warum?

Das Zentralorgan der belgischen Sozialdemokratie, der  
„Peuple“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit  
der Frage: „Warum sind wir an der Ruhr?“ In Be-  
antwortung dieser Frage schreibt das Blatt u. a.:

„Der Mann der Straße, der nur die bürgerlichen Zeitungen  
lesen hat, antwortet: Um Geld zu bekommen. Der „Peuple“  
aber fährt fort: „Ist dieses Mittel jedoch gut? Und wenn man  
die militärische Besetzung auf das ganze Ruhrgebiet ausgedehnt  
haben wird, und selbst wenn die französisch-belgischen Truppen  
bis nach Berlin gingen, wird Deutschland dann die 132 Milliar-  
den bezahlen, die es den Alliierten schuldet? Nein, es wird sie  
nicht bezahlen! Es wird sie nicht bezahlen, weil es ihm nicht  
möglich ist, sie zu bezahlen. Das haben alle Finanzleute, alle  
Sachverständigen, die von den alliierten Regierungen angegangen  
worden sind, alle Staatsmänner, alle diejenigen, die die Frage  
irgendwie studiert haben, erkannt. Herr Thunis ist davon noch  
mehr überzeugt als Herr Poincaré, der sich neulich in Palais  
Bourbon ein Geständnis darüber hat entschließen lassen. Die  
Ruhrbesetzung wird nicht nur nichts einbringen,  
sondern sie wird die wirtschaftliche Lage Deutschlands ebenso wie  
die Belgiens und Frankreichs erschweren und dadurch selbst die  
Ausgaben auf Bezahlung in weite Ferne rücken.“ — Also wirkt  
zum Schluß der „Peuple“ keineswegs die Frage auf: „Wenn wir  
es demnach nicht getan haben um Geld zu bekommen, warum sind  
wir dann an der Ruhr?“

Die Beantwortung dieser Frage erübrigt sich, denn jedes  
Kind kennt heute die wirklichen Gründe des französisch-belgischen  
Vorgehens an der Ruhr.

## Zum Beamtenrätegesetz.

SPD. Acht Monate nach Beendigung der ersten Lesung  
hat am Donnerstag der 23. Ausschuß des Reichstages die  
zweite Lesung des Beamtenrätegesetzes begonnen. Die Par-  
teien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft hatten sich in den  
letzten Tagen über ein gemeinsames Vorgehen verständigt und  
sind antichainend entschlossen, mit Unterstützung der Deutsch-  
nationalen nicht nur die von uns in erster Lesung teilweise  
mit Unterstützung der Demokraten durchgeführten Verbesserungen  
gegenüber der Regierungsvorlage wieder zu beteiligen, sondern  
das ganze Gesetz nach den Wünschen der in den Ausschüssen  
des zumammengedruckenen Oberrichtsstaates verknüpften hohen  
Bürokratie einzurichten. Anders können die Anträge der  
Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft auf Veränderung  
des in erster Lesung beschlossenen § 1 des Gesetzes nicht auf-  
gefaßt werden. Die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses hat  
gegen den heftigen Widerspruch unterer Gewissen beschlossen,  
den § 1 in der Weise zu ändern, daß die Beamtenräte bei  
den Dienstverhältnissen zu errichten sind. Damit wird erreicht,  
daß die hohe Bürokratie noch mehr wie bisher für sich das  
Recht ableitet, nicht nur der Vorgesetzte der Beamten, sondern  
auch der Beamtenvertretung zu sein, die sich auf Befehl zu  
auflösen hat.

## Graefes Siegeszug.

Gegen die „deutschnationale Judenpartei“.

Die „Rechtsbürgerliche Partei“ feiert den vollen Sieg über den  
o. Graef. Der durchs Land zieht und überall der deutschnationa-  
len Partei empfindliche Niederlagen bereitet. In Gultrom, Wis-  
mar, Schwerin hätten sich kaum noch vereinzelte Stimmen für diese  
Partei erhoben. In Rostock lehnte am 10. Januar eine von Tau-  
senden begeisterte Wählerversammlung die von den deutschnationa-  
len geforderte Mandatsniederlegung Graefes gegen vier Stim-  
men ab. Dem Bericht des vollen Blattes zufolge beschäftigte  
sich Herr o. Graef nur in wenigen Unterredungen mit den Vor-  
gängen im Reichstages, dann wandte er sich gegen die deutschna-  
tionalen, die er als „engstirnige Politiker“ bezeichnete und die,  
wie der W. Reichsbanner, jetzt schon erklären, „nur durch das  
internationale Judenkapital könne der Aufbau Deutschlands er-  
folgen“. Die herg-Hellreich-Gruppe unterstehe sich heute in  
nichts mehr von Stachelmann.

So wie die deutschnationalen die traurige Lage Deutsch-  
lands dazu benützen, um gegenüber den anderen Parteien ihre  
Geschäfte zu betreiben, so tun das jetzt die Wächtigen den Deutsch-  
nationalen gegenüber. Man wird meistens mit dem gestraft,  
womit man geschäftigt hat.

## Die Interessenlosigkeit bürgerlicher Volks- vertreter.

Von der Reichstagsfraktion wird aus geschrieben:  
Ein Teil der bürgerlichen Presse macht der Sozialdemokratie  
heftige Vorwürfe, weil sie in der gestrigen Sitzung des Reichs-  
tages dem Ermächtigungsgesetz nicht zugestimmt habe.  
Die Sozialdemokratie trägt damit die Verantwortung für etwaige  
Anwesenheitsstrafen, die sich daraus für die Lage der gesamten  
Bevölkerung ergeben könnten.

Dagegen ist folgendes festzustellen: Die sozialdemokratische  
Fraktion hat ausdrücklich erklärt, daß sie, um sonstige gesetz-  
gebende Eingriffe zu ermöglichen, verlangt, daß der Reichs-  
tag zusammenbleibe. Damit werde das Ermächtigungsgesetz  
überführt. Lediglich der Wunsch der bürgerlichen Parteien  
nach Vertagung des Reichstages trägt also die Schuld daran, daß  
die von der Regierung in Aussicht genommenen Maßnahmen  
verzögert werden.

Des weit ist jeder deutschnationale Blatt fest. Unter der  
Leitung der „Rechtsbürgerlichen Partei“ liegt die „Kreuz-  
zeitung“ der bürgerlichen Parteien an, daß bei der Ablehnung  
des Ermächtigungsgesetzes von ihren 269 Abgeordneten nicht ein-  
mal 150 zur Stelle waren.

Schuld an einer etwaigen Verzögerung gesetzgeberischer Vor-  
gängen der Regierung trägt nicht die Sozialdemokratie, sondern  
die Interessenlosigkeit der bürgerlichen Abgeordneten, die es ja

auch durchziehen, daß sich der Reichstag gegen den Widerspruch der  
Sozialdemokraten bis zum nächsten Donnerstag vertage.

Bei den Wahlen das große Maul. Bei der Arbeit entweder  
teilnahmslos oder — im Streit. „Bürgerliches Pflichtgefühl!“

## Gegen die Vergütungssucht.

In der Donnerstagssitzung des Reichstages ersuchte Minister  
Dezer die Vertreter der Länder, bei ihren Regierungen darauf  
hinzuwirken, daß das öffentliche Leben von allen Erscheinungen  
gereinigt wird, die mit der Situation unseres Vaterlandes nicht  
mehr im Einklang stehen. Der Reichskanzler wird demnach in  
einem Rundschreiben an die Länder auf verschiedene Punkte hin-  
weisen, in denen eine Beeinflussung des öffentlichen Lebens er-  
forderlich erscheint. Das Reichsernährungsministerium soll eine  
Reihe von Anordnungen erlassen. Ferner teilte der Minister mit,  
daß, nachdem das Ermächtigungsgesetz nicht zustande gekommen  
ist, voraussichtlich bei Wiederbeginn der Reichstagsstagnation ein  
Notgesetz vorgelegt wird, das eine Reihe von Anordnungen ent-  
hält. — Der Reichsrat beschäftigte sich jedoch mit der vom Reichs-  
tag beschlossenen Erhöhung der Holzabgabe — Gesetz über die  
Maßnahmen gegen die Not der Presse — auf 2 Proz. und überwies  
die Vorlage dem Ausschuß. — Eine zweite Verordnung zur Aus-  
führung dieses Gesetzes behandelt in der Hauptsache die Bestim-  
mungen, die zur Abfertigung der Rückvergütung führen. Die  
Rückvergütung soll auch dann nicht ausgezahlt werden, wenn ein  
Verfahren wegen unlauteren Wettbewerbs schwebt. Beschlossen  
wurde dann, daß den Gemeinden und Gemeindeverbänden, die  
Träger der Unterstützung der Kleinrentner sind, 80 statt 50 Proz.  
ihrer Auslagen vom Reich ersetzt bekommen. — Der Gesetzentwurf  
über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922  
wurde dahin abgeändert, daß das Ende der Lieferungsfrist für  
Umlagegetreide um einen Monat gekürzt, also auf den 15. März  
zurückgelegt wurde.

## Ein Sprengstoff-Prozess.

Nachklänge zum mitteldeutschen Aufstand.

Leipzig, 18. Januar. (MVB.)

Das Reichsgericht verurteilte nach siebenstägiger nichtöffent-  
licher Verhandlung den Arbeiter Schatz, den Elektromonteur  
Menzel, den Maurer Mgford und den Schreiner Müller, sämtlich aus Halle, wegen Vorgehens gegen das Sprengstoff-  
gesetz, bei Mitzdorf und Müller in Verbindung mit Beihilfe  
zum Hochverrat, zu je fünf Jahren Zuchthaus. Die Ange-  
klagten hatten während der Märzunruhen 1921 Sprengstoff-  
attentate gegen die Maschinenfabrikation der „Saale-Zeitung“  
und gegen das Polizeipräsidium in Halle verübt. Die Bei-  
hilfe des Schatz an der Sprengung des Bahnhofs und der  
Post in Ammendorf konnte nicht erwiesen werden.

## Siruppest.

Böhmischer Bakterienkrieg.

Die Deutschböhmen sind absolut übergeschnappt. Sie glau-  
ben die Stunde zu einer gestraarten nationalistischen Hege aus-  
zuweichen zu können. In der „Staatsbürgerzeitung“ schreibt Herr  
Rudolf Lebus: „Nicht Trauer, sondern Mut und Empörung,  
wie Kampfeswille erfüllt die deutschen Herzen. ... 1813 erweh-  
ten sich die Kassen der Franzosenräuber, indem sie Moskau in  
Brand steckten.“

Da dieses Mittel bei unserer Lage auch nach der Meinung  
des Herrn Lebus nicht aktuell ist, so empfiehlt er:

„Verbreitung von Cholera und Pest. Die Möglic-  
keit hierzu liegt vor, weil an jeder Universtität die Keime  
dieser Krankheiten in Kulturen gezüchtet werden.“

Jeder weiß aus Erfahrungen des Weltkrieges, welche unschät-  
zbare Masse in der Hand der Ententeschaulmisten und Militaristen  
die Erfolge unserer übergeschnappten Heimkrieger gemeldet  
sind. Auch was dieser ehrenwerte Herr Lebus auf dem gebuldi-  
gen Druckpapier seiner „Staatsbürgerzeitung“ empfiehlt, ist na-  
türlich Wasser auf die Mühlen der reaktionären Kreise im En-  
tenteslager, die behaupten, das neue republikanische Deutschland  
sei nicht anders zu bewerten als das alte wilhelminische. Es ist  
nicht nur so, wie neulich der „Tag“ schrieb, daß „Poincaré die  
Soffmann“ der deutschen Reaktionäre ist, die deutschen Reaktionäre  
sich auch die Hoffnung Poincarés.

## Die Nationalisten auftreten.

Die Zustände in Niederschönenfeld.

München, 18. Januar. (Drahtbericht.)

Zu dem Ableben des kommunistischen Landtagsabgeordneten,  
Hagemeyer in der Festungsanstalt Niederschönenfeld macht  
die kommunistische „Neue Zeitung“ die Mitteilung, daß sich Hage-  
meyer schon in den letzten Wochen sehr schwach fühlte. Als Hage-  
meyer den Gefängnisarzt auf den bedenklichen Zustand seines  
Herzens aufmerksam machte, entgegnete dieser kalt: „Sie sind nicht  
herzkrank, Sie haben nur eine leichte Rippenfellentzündung.“ Es  
ist das derselbe Arzt, der, von anderen Kranken auf seine Pflicht,  
als Arzt aufmerksam gemacht, stets zur Antwort gab: „In erster  
Linie bin ich Beamter, und dann erst Arzt!“ So überließ man  
Hagemeyer wochenlang seinem Schicksal. Er wurde gequält von  
dem Lärm eines Wehstuhles, der unter seiner Zelle aufgestellt  
war. Erst auf fortwährendes Drängen hin verlegte man ihn aus  
diesem Raum, und zwar in eine ganz kleine, für Einzelhaft be-  
stimmte Zelle im ersten Stock, in dem sich sonst kein Gefangener  
befand. Als die Frau Hagemeyers bei der Nachricht von seinem  
Zustand in Niederschönenfeld eintraf, empfing sie der Vorstand der  
dortigen Festungsanstalt, Staatsanwalt Hoffmann, mit den Wor-  
ten: „Na, jetzt ist er krank, der Revolutionär. Als es 1918 gegen  
den Staat ging, da war er nicht krank. Jetzt können Revolutionäre  
auch krank werden.“ Am besten gekennzeichnet wird aber die  
Rohheit dieses Staatsanwalts durch die Tatsache, daß der Frau  
Hagemeyer die Erlaubnis, die letzten Stunden mit ihrem tot-  
kranken, bereits sterbenden Mann allein zu sein, verweigert  
wurde. — Es erscheint dringend notwendig, daß diese Angaben  
eines kommunistischen Organs auf ihre Richtigkeit untersucht  
werden.

## Generalstreik in Straßburg.

Durch einen an und für sich geringfügigen Zwischenfall ist  
im Hafen von Straßburg der Generalstreik ausgebrochen, der sich  
ungefähr auf 1100 Arbeiter erstreckt. Im Hafen liegen ungefähr  
72 Lastkähne mit etwa 60 000 Tonnen Koks zur Entladung,  
außerdem noch 50 000 Tonnen Koks, die ebenfalls nicht entladen  
werden können. Die Situation wird dadurch noch besonders un-  
angenehm, da die Lastkähne so schnell wie möglich befreit wer-  
den sollen, um der Kohlennot für Frankreich und Belgien  
zu überkommen.

# Lösung des Produktionsproblems.

Soeben ist im Verlage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Schrift erschienen: „Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung. Tatsachen über die sozialpolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung des Achtstundentages in Deutschland und im Ausland.“

1. Aus den vorhergehenden Betrachtungen ergeben sich die notwendigen Maßnahmen zur Lösung des Produktionsproblems, gleichzeitig aber auch unsere Stellung zum Arbeitszeitproblem.

Gleichzeitig wies am 31. Oktober 1922 die „Frankfurter Zeitung“ in einem „Währungspolitik oder Produktionspolitik“ überschriebenen Artikel eindringlich auf die Zusammenhänge zwischen dem Währungsproblem und dem Produktionsproblem hin.

2. Auf technischem und organisatorischem Gebiete liegen große Möglichkeiten zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der deutschen Produktion.

Die Gesamtzahl der Börsebesucher hat sich nahezu verdoppelt. Dabei bedient man, daß die Tätigkeit jedes einzelnen an der Börse an Intensität außerordentlich gewonnen hat.

den Arbeitern und Angestellten zugerechnet werden kann. In der amerikanischen Industrie, die technisch weit höher entwickelt ist als die deutsche, existieren immer noch Möglichkeiten zur Verbesserung der Betriebsorganisation und der Betriebsorganisation zur Steigerung des Leistungsgrades.

5. In diesem Zusammenhang aber erscheint die Aufrechterhaltung des Achtstundentages notwendig als mächtigster Hebel in der Reihe der Maßnahmen sozialer und wirtschaftlicher Natur, die zur Gesundung unserer Wirtschaft nötig sind.

# Volkswirtschaft

## Spekulation und Produktion.

Im Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei erschien soeben ein Buch von Fritz Naphthal: „Im Zeichen des Währungslebens“ betitelt.

Der große Motor, der in der modernen kapitalistischen Wirtschaft Richtung und Tempo bestimmt, ist das Streben nach Erfolg. Der Erfolg hat zwei Hauptquellen: produktive Leistung und glückliche Spekulation.

Zahl der Börsebesucher in Berlin: 1913 Ende 1922 in Frankfurt a. M.: 1913 Ende 1922

Die Gesamtzahl der Börsebesucher hat sich nahezu verdoppelt. Dabei bedient man, daß die Tätigkeit jedes einzelnen an der Börse an Intensität außerordentlich gewonnen hat.

„Es ist eine allgemeine Erfahrung, daß der technische und organisatorische Fortschritt um so größer und um so rascher ist, je höher der Lohn und je kürzer die Arbeitszeit ist.“

Daß diese Wirkung des Achtstundentages bisher in Deutschland noch nicht so auffallend in die Erscheinung getreten ist wie in Amerika, ist zurückzuführen auf die starken Gegenwirkungen, die auf der Valutakonjunktur beruhend, sich dieser Auswirkung entgegenstellen haben.

Die Aufrechterhaltung des Achtstundentages bedeutet Wirtschaftspolitik im höheren, gewinnwirtschaftlichen Sinne treiben, ihn aufheben, die Augenblicksinteressen einer dünnen Schicht der Bevölkerung in einer vorübergehenden Konjunktur über die Interessen der Wirtschaft als Ganzes stellen.

Gebiet, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft stark verkleinertes Land arbeitet. Über die Umschichtung nach Gewerbegruppen ist nur eine Seite der Arbeitsumkehrung.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 19. Januar. Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse. 18. Januar. 17. Januar.

# Belle-Plante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

2. Fortsetzung. „Daß diese Bauernmänner, Belle-Plante, ich hätte dich darum, wenn wir in der Stadt gewesen wären, hätte ich geglaubt, daß mir ein Fieselstein auf die Schulter fällt.“

Steuer. Sie ist leicht für den Armen; nur den Reichen belastet sie. Nehmen wir einmal an, daß Seine Christliche Majestät in jedem Orte große Arbeiten ausführen ließe, wie hoch wird der Anteil des Arbeiters an dieser Ausgabe sein?

„Zweifellos geht uns das nicht an, Cornelius. Aber bezahlen wir nicht Herrn Guillerand? Er wäre sehr glücklich, wenn alle seine Schüler ihm so nützlich bezahlten wie wir.“



## Freistaat Lübeck.

Freitag, 19. Januar.

### Der Arbeitslosen Morgengang.

Wir schreiten durch den frühlinden Tag.  
Wir schauen zu Boden starr und stumm.  
Und fragt doch keiner: Sag, Bruder, sag,  
warum müssen wir feiern? Sag, Bruder warum?

Wir haben zu Hause Weib und Kind,  
die warten auf uns, die warten auf Brot!  
Am Herd host der Stumm und die Sorge spürt,  
und an der Schwelle lauert die Not!

Wir frieren und darben nun wechenlang,  
sein Hoffnungsschiffchen umsonst unsern Pfad!  
Wir suchen Arbeit. Es sehnen sich Kraut  
die Hände nach schaffensfreudiger Lat!

Wir sind verzweifelt! Warum, warum  
hat uns geschickt das Schicksal so schwer?  
Wir schauen zu Boden starr und stumm  
und schleichen mit schleppenden Füßen einher...

### Stimmung!

Die Nationalisten suchen sich ihre Festtage zur Erzeugung des Hurrapatriotismus Kampfschaft zusammen. Sie kommen sich lieber aus jeder Art der etwa kräftig genug sein könnte, ein Stück aus der verfallenen Republik herauszuschlagen. Glaubensstark, wie die Unbeter absolutistischer Macht einmal sind, lassen sie sich von jedem Streiter für den Monarchismus blauen Dunst normieren. Das enthebt sie des weiteren Nachdenkens und läßt den Profit ungeschoren. Der 18. Januar war wieder so eine Etappe zum alten Staat der Volksherrschaft durch Militaristen und Kapitalisten. Bismarck zeigte damals, Anno 1871, seine Faust und bestimmte das Vorrecht der Hohenzollern, unter deren Schutz die Volksherrschaft so herrlich vor sich gehen konnte. Diese schönen Zeiten sehen die Herrscher zurück. Und machen Tamtam als Vorbereitung. Ueber die Vernichtung der Sozialdemokratie freut man Tag und Nacht. Und wenn alles nicht geht, bricht man sie zu Tode zu bringen. Auch zu verleumdern. Man hört sich nur da und dort die Gespräche der Schieber großen und kleinen Grades an. Was hier an Gift und Galle verpöht wird, ist gar nicht zu beschreiben. Es handelt sich eben darum, sich selbst in künstliche Stimmung zu versetzen, dann kommt der Mut von selbst. Die Deutschnationalen beizten sich am Donnerstag durch den bekannten Republikflüchter Paul Beder von der Deutschen Tageszeitung begeistern lassen und zur Hebung des Mutes die Reichswirtschaftswoche bestellt. Einige Stunden vorher machte diese selbe Kasse Stimmung in Lübeds Hauptstraßen. Sie führt einer Kompanie Stahlhelmbewehrter Truppen voran, auser durch die Bannmeile. Es war gewiß nur Zufall, daß just am 18. Januar die Reichswehr mittags um 11 Uhr durch die Breite Straße paradierte. Den Monarchisten popperte das Herz. Sie gedachten aller Macht, verlegten sich in Stimmung. Andere aber, denen die Not des Volkes, verzweifelt in erster Linie durch den Militarismus tief am Herzen nagt, machen sich ihre eigenen Gedanken. Schauen tief und betrübt in die Zukunft aber versagen nicht. Denn der Herrscher rühmt sich nur kurz seines Sieges. Weil das Recht niemals durch rohe Gewalt auf die Dauer besichtigt werden kann.

### Hamburg notiert!

Der Ladenpreis für beste Butter ist von der Butterauswertungskommission des Vereins der Fettwaren- und Destillationshändler Hamburg-Mittonas von 1887 auf 3700 Mark für das Pfund festgelegt worden. Die Kommission bemerkt dazu, daß der Kleinhändler bei dem Großhändler 3300-3450 Mark zahlt. Die weitere Randbemerkung lautet: „Der Fettwarenmarkt zeigte in dieser Woche erhebliche Preissteigerungen. So wurde die Margarine um etwa 60 Proz. und das Schmalz um etwa dieselbe Spanne im Preise erhöht. Der Buttermarkt war der allgemeinen Marktlage entsprechend stark angespannt, so daß für die Butter ein Preis von 2600 ab Meierei festzustellen war, zumal

die Berliner Butternotierungskommission vom 17. Januar die Notierung ebenfalls auf 2600 Mark festgelegt hatte.“ Für Vollmilch ist ein Preis von 376 Mark für das Liter, für Mager- und Buttermilch ein solcher von 188 Mark festgelegt worden. Da Hamburg bezieht, zahlen wir in Lübeck für das Liter Milch jetzt 324 Mark.

### Bezirke Lichtbildervorträge.

Der sozialdemokratische Verein und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund veranstalten am Dienstag, dem 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus einen Lichtbildervortrag über Eisen und Stahl im Zusammenhang mit dem deutschen Wirtschaftsleben. Gerade die Jetztzeit mit ihren Nöten verlangt gebieterisch eine Vertiefung des Wissens und die Kenntnis der Zusammenhänge der deutschen Volkswirtschaft. Die Veranstalter haben die Absicht, eine Reihe solcher Lichtbildervorträge den Mitgliedern vorzuführen. Auf diese Weise soll der notwendige Einblick in die Wirtschaft verschafft werden. Für den 23. d. M. hat Gewerkschaftssekretär Dreyer das Referat hierzu übernommen. Von dem Besuch dieser Veranstaltung wird es abhängen, ob weitere folgen sollen. Um jedem den Besuch zu ermöglichen, wurde der Eintritt für Mitglieder auf 5 Mk., für Nichtmitglieder auf 15 Mk. festgelegt.

### Deutscher Bekleidungsarbeiter Verband.

(Aus dem Jahresbericht der Filiale Lübeck.)

Im allgemeinen war der Geschäftsgang sämtlicher Branchen in den ersten neun Monaten gut. Anfang Oktober begann der Rückgang. Die Bestellungen ließen nach, da die Preise für Stoffe und Futterstoffen einen solch ungeheuren Aufschwung nahmen, daß ein großer Teil der Bevölkerung nicht mehr in der Lage war, diese Summen aufzubringen, obgleich es heute den meisten Leuten gerade an Kleidung fehlt. Die Ursache ist darin zu suchen, daß die Fabrikanten, Tuchverhandlungsgeschäfte, sowie auch manche Arbeitgeber es verstanden haben, ihre Ware der Geldentwertung anzupassen, während die Arbeitnehmer nicht einmal mit der Steigerung der Lebensmittelpreise standhalten konnten. Als Beispiel gilt folgendes: Die Lebensmittelpreise stiegen von 8304 Mk. am 1. 9. auf 60 921 Mk. am 30. 12., also um 725 Proz., während die Löhne nur in derselben Zeit von 50 Mk. auf 282 Mk. stiegen, also nur um 560 Proz. An die Anschaffung von Kleidung und sonstigen Bedarfsartikeln war nicht zu denken. In der Herren- und Damenkleiderei wurden die Verhandlungen zentral geführt. Im letzten Jahre wurden 11 Lohnabkommen abgeschlossen. Der Stundenlohn betrug am 1. Januar 11 Mk., am 31. Dezember 282 Mk. Zur Arbeitsniederlegung ist es nirgends gekommen. Bei den Lohnerhöhungen für die Schneiderinnen mußten wir dazu übergehen, diese örtlich vorzunehmen, da die Ortsgruppe anfangs des Jahres aufgelöst wurde. In dieser Branche haben wir durchweg mit größeren Geschäften zu rechnen, da die Schneidermeisterinnen sich bis heute noch nicht dem Abkommen angeschlossen haben und noch Löhne zahlen, die jeder Beschreibung spotten. Schuld daran sind aber die Kolleginnen selbst, weil sie noch nicht den Weg zur Organisation gefunden haben. Ein anderer Uebelstand ist der, daß in dieser Branche eine große Mißwirtschaft im Lehrlingswesen herrscht. Haben doch einzelne 5-6 Lehrlinge und keine Gehilfin. Hier müßte unbedingt von den Behörden eingeschritten werden. In dieser Branche haben wir 12 Lohnabkommen abgeschlossen. Der Spitzenlohn betrug am 1. Januar 9,20 Mk., am 31. Dezember 272 Mk. pro Stunde. Auch hier ist es nirgends zur Arbeitsniederlegung gekommen. In der Weißnäherie war der Geschäftsgang, soweit gemischte Betriebe in Frage kamen, bis zum Schlusse des Jahres gut. Sämtliche Lohnabkommen wurden örtlich geregelt und zwar wurden 12 Lohnabkommen abgeschlossen. Der Spitzenlohn dieser Branche betrug am 1. Januar 7,50 Mk., am 31. Dezember 218 Mk. pro Stunde. Zur Arbeitsniederlegung kam es nicht. In der Herrenwäschebranche kommt nur die Firma Werner Brandes & Co. in Frage. Die Lohnabkommen wurden alle zentral geführt. Es wurden 11 Abkommen abgeschlossen. Am 1. Januar betrug der Stundenlohn 6 Mk., am 31. Dezember 164 Mk. In den beiden letzten Monaten wurde verdrängt gearbeitet. In den Wäschfabriken war der Geschäftsgang nicht so gut wie in den anderen Branchen. Infolgedessen kam es hier auch zweimal zur Arbeitsniederlegung, im März und August. Beide wurden für uns erfolgreich beendet. Da diese Branche aber mit Altwäsche zu rechnen hat, die von der Bevölkerung infolge der kolossalen Preis-

steigerung selbst in Ordnung gebracht wird, mußten wohl die drei großen Wäschfabriken am Orte ihren Betrieb kllieken. Die Arbeiterinnen griffen zum Teil zu einem andern Berufe und gingen uns dadurch verloren. Der Stundenlohn betrug am 1. Januar 5,25 Mk., Ende Oktober 36 Mk. Fast sämtliche Lohnforderungen dieser Branche gingen durch den Schlichtungsausschuß. In zahlreichen Sitzungen und Versammlungen wurden die Verhandlungsgeschäfte erledigt. Auswärtige Filialen haben wir jetzt 5 mit ungefähr 50 Mitgliedern. Der Arbeitsnachweis gestaltete sich folgendermaßen: Verlangt wurden 119 Schneider, eingestellt wurden 75. Die Mitgliederzahl betrug am Anfang des Jahres: männliche 243, weibliche 227; am Ende des Jahres: männliche 256, weibliche 163; Lehrlinge 17, am Schluß 47. Alles zusammengefaßt, kann man sagen, daß es uns an Arbeiten in der Verwaltung nicht gefehlt hat. Wir möchten nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Kolleginnen und Kollegen sich im neuen Jahre mehr als bisher an den Arbeiten beteiligen möchten und rege die Versammlungen besuchen, denn nur durch einiges und geschlossenes Zusammenstehen aller Kolleginnen und Kollegen können wir der geschlossenen Front der Arbeitgeber entgegenreten. Darum rufen wir Euch zu: Auf zum Kampf, auf zum Sieg!

Die Ortsverwaltung des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes Filiale Lübeck.

Zum Untergang des Motorschoners „Heimat“ aus Lübeck wird nach berichtet: In der östlichen Ostsee herrschte in der Nacht zum 15. Januar ein schwerer Schneesturm, dem verschiedene Schiffe zum Opfer gefallen sind. Wie aus Landstort unter dem 16. Januar gemeldet wird, hat sich bei Hartens, zwei Seemeilen östlich von Sandhamn, ein schweres Schiffsunglück ereignet. Der deutsche Motorschoner „Heimat“ aus Lübeck, der sich auf der Reise von Finnland nach Desterfund befand, geriet infolge des Sturmes ins Treiben und strandete auf den Klippen von Hartenslar. Der Segler erlitt sehr schwere Schäden, die Boote des Schoners sind gänzlich zertrümmert in der Nähe des gestrandeten Schiffes gefunden worden. Die sieben Mann starke Besatzung des Seglers ist umgekommen. Der Segler liegt mit dem Vordersteck hoch auf den Felsen, der Großmast und der Besahnmast liegen gebrochen über dem Wrack. Die gesamte Decklast sowie zahlreiche Inventarien sind an Land getrieben. Hier fand man auch ein kleines, zu dem Segler gehörendes Beiboote, sowie einen Delmantel. Man schließt hieraus, daß die Besatzung verunglückt hat, sich in das Beiboote zu retten und hierbei umgekommen ist. Dreimastgasselschoner „Heimat“ gehörte der Reederei F. H. Berling in Lübeck, war 152 Brutto- und 135 Netto-Registertonnen groß und im Jahre 1921 in Oldenburg erbaut. Der Kapitän Othen wohnte in Lübeck, der Steuermann Clausen in Wlön, der Maschinist Stamer war aus Kiel. Die übrige Mannschaft stammte aus der Provinz Schleswig-Holstein und aus Westfalen.

Falsche Eintragung im Lübedischen Adreßbuch ist unter den heutigen Feuerungsverhältnissen ganz außerordentlich lästig und besonders für Geschäftsleute nachteilig. Der Adreßbuch-Berlag Marktstraße 16 gibt laut Anzeige jedem Gelegenheit, die Richtigkeit seiner Namens- und Geschäftseintragung zu kontrollieren. Nur wer selbst einmal z. B. mit falschem Fernsprech-Anschluß im Adreßbuch angegeben war, kann den täglichen Ärger empfinden, der vielleicht nur durch die per se öffentliche Umstellung zweier Ziffern im Schriftstück entsteht. So hatte vor einigen Jahren z. B. ein Geschäftsmann den Fernsprech-Anschluß eines Hauses erhalten und wurde infolgedessen Tag und Nacht angerufen, während der Ärger durch Warenbestellungen gestört wurde. Die in diesem Jahre dem Verlag eingehenden Änderungen infolge Hauslisten-Umfrage sind demnach umfangreich, daß sich der Erörterungstermin um etwa vier Wochen verzögerte. Am Montag beginnt der Druck, Änderungen können dann nicht mehr berücksichtigt werden. Darum prüfe jeder Einwohner, ob seine Aufnahme im Adreßbuche richtig erfolgt ist.

pb. Metalldiebstähle. Wie mitgeteilt, sind in letzter Zeit auf der Schiffswerft Metalldiebstähle in erheblichem Maße ausgeführt worden, wobei es der Kriminalpolizei gelungen ist, mehrere Lehrlinge des genannten Werkes zu ermitteln und einen Abnehmer des gestohlenen Metalls in Haft zu bringen. Die Ermittlungen ergaben, daß die Diebstähle auf weitere industrielle Unternehmen, insbesondere auf die Überseeer Maschinenbau-Gesellschaft übergriffen. Hier konnte bis jetzt der Wert der gestohlenen Metalle auf über eine halbe Million festgestellt werden. Eine weitere Anzahl bei den Werken beschäftigte Personen konnten zur Anzeige gebracht und ein in der Schönebüdenstr. wohnhafter Händler wegen gewerbsmäßiger Hehlerei festgenommen werden.

## Das Rasieren.

Von Pierre Hamr.

Goldhof Manjen arbeitet seit einem Jahr an der Spitze eines internationalen Kommissariats für die Bekämpfung der Hungersnot in Rußland. Zum Besten dieser Arbeit hat er jetzt ein Buch herausgegeben: „Für unsere kleinen russischen Brüder“, zu dem eine Reihe der berühmtesten Künstler Weltberufes Beiträge in Wort und Bild geliefert haben. Die deutsche Ausgabe des Buches ist im Verlag für Politik und Wirtschaft erschienen. Wir veröffentlichen daraus den nachfolgenden Beitrag:

Der Barbiergehilfe hand dem Kunden die Serviette um, keifte seine Wangen ein und begann die Unterhaltung: „Mein Herr, es gibt keinen schlimmeren Beruf für einen Mann, als seinem nächsten zu dienen. Sehen Sie einen Diener?“ Der Kunde, der zu den Menschen gehörte, die keine Fragen ertragen können, schloß die Augen und überließ ihm schweigend sein Gesicht. Der Barbier ergriff die Rasierlinge und zog unklarst am Ohr seines Kunden, dessen Zorn ebenso schnell vertraulich, als er entfiel, denn er fing den Blick des Mannes auf, der ihm das Messer an die Kehle legte.

„Nicht rühren — ich könnte Sie schneiden, und dann würde es heißen, Sie hätten einen Nervenschuß gehabt. Sind Sie verzweifelt? Ich nicht, obwohl ich auf meiner letzten Stelle als Kammerdiener nahe daran war, den Beifund zu verlieren. Bleiben Sie ruhig sitzen, Herr. Sie haben Arbeiter, die Sie Messer nennen. Hier dagegen sind Sie nur Kunde, und in meinem Handwerk ist es von jeder Brauch gewesen, mit den Kunden zu plaudern. Wenn das heutzutage seltener wird, so sind nur die illustrierten Zeitungen daran schuld, wir unterhalten uns bedeutend weniger, seitdem in den Friseurläden illustrierte Plakate ausgehängt.“

Das Gesicht des Kunden war ebenso weiß wie der Seifen Schaum, der seine Wangen bedeckte. Die Klinge kitzelte ihm die Schlagader und er wußte, daß er verloren sei, wenn er sich dem Wahnsinnigen nicht fügte. So brach er ein verzerrtes Lächeln auf, worauf der Barbier diese Höflichkeit damit beantwortete, daß er ihm die Zungenzange herausstach und dann fortfuhr:

„Man leidet die Bartflocken ein, bevor man sie flüschweise rasiert, aber man könnte sie auch einziehen. Sie sitzen hier, einem Stück Eisen im Schaum des Meers, vergleichbar. Ich habe sie ein, damit das Rasierwerkzeug um so leichtere Arbeit

hat. Ich kann Seifenwasser oder Öl anwenden, wie bei einer Maschine.

Ich habe stets über mein Handwerk nachgedacht. Ich bin kein Arbeiter und auch nicht mehr Diener. Wir verabreden es, wenn man uns Friseurgehilfen nennt; wir sind Haarfünsler!

Ich habe meinen freien Tag in der Woche, den man mir auf meiner früheren Stelle verweigerte.

Ich war nicht so bevorzugt, wie Gott, der sich am liebsten Tag ausruht, ohne es verdient zu haben, denn er hatte herzlich schlechte Arbeit geleistet und längere Zeit dazu gebraucht, als man glaubt. Im Hause meines Herrn, wo Gelehrte verkehrten, die von jeder Warte zweimal nahmen, hörte ich sagen, daß ein Tag der biblischen Schöpfungsgeschichte 7000 Jahre zähle.

Mo arbeitete Gott sechs Tage = 42 000 Jahre, und 7000 Jahre ruhte er, was einen Präzedenzfall zu dem Gelehrten vom 13. Juli 1906 darstellt, das Sie dort angeschlagen sehen: „Der wöchentliche Ruhetag soll 24 Stunden, ohne Unterbrechung, dauern.“

Ich beanspruchte als Urlaub einen Tag der Schöpfungsgeschichte, also 7000 Jahre. Großen Respekt habe ich vor Madams Jungfrau und Gottvater, obwar letzterer mir einst einen Fußtritt verlegt hat.

Bei meinem Herrn fand eine spiritistische Sitzung statt. Es gelang mir, daran teilzunehmen, denn es war dunkel. (Ich lege besonderen Wert darauf, mich zu bilden.) Dort erhielt ich einen Tritt in den Hintern, und man erklärte mir, daß er aus dem Jenseits komme.

In Anbetracht der Entformung war er gut geiekt, aber Sie werden begreifen, daß ein dezartiges Benutzen gegen einen armen Teufel nicht darmaß angetan ist, ihm Liebe für die Religion einzufößen!

Meinen Posten als Kammerdiener gab ich auf, weil ich zuviel über das Klingeln gegrübelt hatte. Keine Leute gebrauchen bei Tisch keine Klingel. In großen Häusern hört der Diener nicht, was er tun soll, sondern er steht es. — In kleinen Familien heßt man uns mit Klingeln und rufen. Was ist doch die Elektrizität für eine wunderbare Erfindung, mein Herr. Uebrigens ist es keine Erfindung.

Nichts erzielt man Kraft, Feuer, Licht, indem man einen Schalter knipst, oder Kupfer- und Zinkstäbe in verdünnte Schwefelsäure legt?

Weil diese Kräfte existieren!

Der Mensch hat die Elektrizität ohnsowentig erunden, wie er das Wasser erand, als er den ersten Eimer herstellte, um damit aus dem Brunne zu schöpfen.

Die Musikstunden meines Berufs benutzte ich, um mir so manches durch den Kopf gehen zu lassen, was nicht jedem gegeben ist. Der Reiche hat zum Geldausgeben Zeit, aber meist kommt er zum ernstlichen Nachdenken überhaupt nicht.

Jeder Mensch beherbergt in seinem Gehirn einen Marshall nach Ideen — häufig jedoch befindet sich nur ein Pferd darin. Mein geistiger Marshall ist besser versehen, aber die Pferde laufen heraus, wenn es ihnen beliebt. Ich eile hinterdrein. In diesem Augenblick tummelt sich der Herrgott, „Elektrizität“. Man unterzweidet die wilde Elektrizität: den Blitz, und die gezähmte Elektrizität: den Zählapparat, der die Anzahl der Kilowattstunden zu 35 Centimes anzeigt.

Das Erstaunlichste an der gezähmten Elektrizität besteht nicht darin, daß der Funke durch einen Draht läuft, sondern daß man mittels Drüden auf einen Knopf schieleuchtig einen Dienstboten kommen läßt, einen Menschen, der einen anderen küßert und bez ihm Speisen und Getränke zureicht.

Früher war es Sitte, eine recht auffällige Tischglocke zu benutzen. So eine altmodische Glocke zeugt von einem besseren Geschmack als die elektrische Klingel. Sie ist das Merkmal des vornehmen alten Hauses. Aber ich fand es nicht richtig, stets dieselbe Klingelzeichen zu benutzen; weil der Befehl dann jedesmal erst ausgesprochen werden mußte. Darum schlug ich vor, das System der Morse-Apparate auf die Tischglocke zu übertragen und bat, man möge für die Milch mit einer Ruhlglocke läuten: bim, bamm, bim bamm; für den Tee mit einem ähnlichen Gong: bum, bum; für den Wein mit dem Glöckchen der hl. Sakramente: kling, kling, kling; die Klapperschlange hingegen könnte verwendet werden, um ...

Der Kunde, überzeugt davon, daß die Krise in einem Wort schwand enden würde, empfand lebhaftes Interesse für die Fortsetzung dieser Erzählung, die dem mit einem schwarzen Messer bewaffneten Mann die Angriffsluft benahm.

Deshalb wiederholte der Eingekerkerte fragend die letzte Silbe um?

Der Barbier geriet außer sich: „Was geht das Sie an? Ich würde Ihnen keine Bekanntheiten! Am zweckmäßigsten wäre es allerdings, wenn ich Ihnen mitteilte, was ein Haarfünsler über seine Kunden denkt.“

Es kommt Ihnen nie in den Sinn, daß der Mann, der Ihre Schube pusht, Ihnen zu essen bringt oder Sie rasiert, einen Dank haben könnte.

Um meinen Lebensunterhalt zu verdienen, bin ich gezwungen, mit meinen Händen Ihr Gesicht zu bearbeiten, Ihnen den Kopf zu waschen; das ist eckhaft und entsetzend.

